

Der Preis des neuen Europa

Die Osterweiterung wird die EU grundlegend verändern. Mit Billiglöhnen und Niedrigsteuern fordern die Beitrittsländer die etablierten Club-Mitglieder heraus. Deutschland muss sich darauf einstellen – oder es wird zu den Verlierern des neuen Europa zählen.

Gelsenkirchen hat schon bessere Tage gesehen, damals in den sechziger Jahren, als die Kohle Tausenden vermeintlich sichere Arbeitsplätze bot und die Stahlindustrie im Ruhrgebiet florierte. Heute, viele Jahre und etliche Zechenstilllegungen später, ist die Stadt mit einer Arbeitslosenquote von 17,7 Prozent trauriger Spitzenreiter im Westen Deutschlands. Und doch erscheint die Gegenwart geradezu golden – im Vergleich zu dem, was kommt.

Zwei der größten noch verbliebenen Arbeitgeber der Stadt, der Heizgerätehersteller Vaillant und der Automobilzulieferer TRW, wollen abwandern oder Produk-

tionsteile verlagern – nach Tschechien oder in die Slowakei, wo die Löhne niedrig und die Arbeitszeiten flexibel sind. Insgesamt stehen in der einstigen Stadt der 1000 Feuer fast 1000 Arbeitsplätze auf dem Spiel.

„Hier werden Menschen auf die Straße gesetzt wie ein rüddiger Hund, um an anderer Stelle noch ein paar Euro mehr zu machen“, attackierte Oberbürgermeister Oliver Wittke (CDU) die Pläne. Die Stadt stand auf, wie sie in der Vergangenheit immer wieder aufgestanden war – mit Menschenketten, Mahnwachen und Mutter-Kind-Protesten bei der Geschäftsführung. Einige ketteten sich sogar am Werkstor von TRW fest.

Der Betriebsrat des Autozulieferers beauftragte zwei Gutachter damit, den tatsächlichen Lohnkostenvorteil einer Verlagerung zu untersuchen und möglichst kleinzurechnen. Aber einem Monatslohn, der ein Fünftel des deutschen beträgt, ist selbst mit höherer Mathematik schwer beizukommen. „Das Gutachten kam zu dem Schluss, die Verlagerung sei begründet“, sagt Betriebsrat Bernd Otto. Die Belegschaft will nun anbieten, freiwillig 40 Stunden zu arbeiten.

Ob das reicht? Oder müssen sie auch noch die Löhne senken? Und wenn ja, wie weit? Auf tschechisches, polnisches, slowakisches Niveau? Aber wie soll ein



Betriebsversammlung bei Volkswagen in Hannover: Die neuen Werke in Osteuropa werden zu Konkurrenten

RAINER JENSEN / DPA



PETER RIGAUD

Volkswagen-Produktion in Bratislava: Dem Stammwerk im Westen ebenbürtig, nur eben viel billiger

Mensch mit solchen Löhnen in einem Land mit deutschen Mieten und deutschen Preisen leben?

Fragen wie diese treiben in diesen Tagen und Wochen viele um: Arbeiter, die um ihre Jobs fürchten, Manager, die über die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen nachdenken, Professoren, die sich um den Standort Deutschland sorgen.

Und den Kanzler, der auf diese komplizierten Fragen eine verblüffend einfache Antwort hat: Wer Jobs ins Ausland verlagert, handelt unpatriotisch. Basta.

Aber so einfach ist die Welt nicht, und am 1. Mai wird sie noch ein wenig komplizierter. Dann werden zehn neue Mitgliedstaaten aus Mittel-, Süd- und Osteuropa in die Europäische Union aufgenommen. Sobald Polen, die Tschechische und die Slowakische Republik, Ungarn, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen sowie Malta und Zypern integriert sind, ist die größte Erweiterungsrunde in der Geschichte der EU vollzogen. Und auch die gewagteste.

Denn bisherige Erweiterungen betrafen Länder, in denen zunehmend westliche Lebensstandards und westliche Wertesysteme herrschten, die acht osteuropäischen Staaten aber waren noch vor anderthalb Jahrzehnten tief im sozialistischen Wirtschaftssystem verhaftet. Seither haben diese Länder ihre Industrie fast vollständig privatisiert, sie haben den Kapitalverkehr und den Handel liberalisiert.

Der 1. Mai 2004 markiert eine historische Zäsur: Die europäische Teilung gehört der

Vergangenheit an und damit auch das alte Europa mit all seinen Ritualen und bequemen Gewohnheiten.

Nun wächst zusammen, was – historisch und kulturell – zusammengehört. Mit einem Schlag vermehrt die EU die Zahl ihrer Einwohner von 380 Millionen auf über 450 Millionen. Im neuen Europa werden mehr Menschen leben als in den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan zusammen.

Nun soll sich aber auch zusammenfügen, was – vor allem wirtschaftlich – gegen-

sätzlicher kaum sein kann: Die saturierten Wohlstandsstaaten des alten Europa und die jungen Aufsteiger, die noch immer schwer an der Last ihrer staatskapitalistischen Vergangenheit zu tragen haben. Das birgt Chancen – und jede Menge Gefahren.

Die Freude über das epochale Ereignis, das viele Jahrzehnte lang undenkbar schien, wird jedenfalls vielerorts getrübt durch die Angst vor den ökonomischen Folgen. Plötzlich nämlich gehören jene Staaten zur EU, die sich in den vergangenen Jahren als größte Konkurrenten gerade des Standorts Deutschland profilierten. Die mit Billiglöhnen, flexiblen Arbeitern und Dumping-Steuern Unternehmen mitsamt ihren Arbeitsplätzen abwarben.

Ab dem 1. Mai fallen weitere Hindernisse, die gerade kleinere und mittlere Unternehmen bisher noch zögern ließen, dem Drang nach Osten zu folgen. Stufenweise werden jenseits der Oder die gleichen Rechte und Normen eingeführt. Die Währungen sollen innerhalb eines festen Korridors um den Euro schwanken, bis dann schließlich, beginnend frühestens in zwei Jahren, in Osteuropa nach und nach die europäische Einheitswährung eingeführt wird.

Rechtssicherheit, Währungsstabilität und, für außereuropäische Investoren wichtig, der freie Zugang zum europäischen Markt – das macht die Beitrittsländer, neben niedrigen Lohnkosten und Steuern, für

UMFRAGE: EU-Erweiterung

„Erwarten Sie von der EU-Erweiterung ...“

... Gefahren für Arbeitsplätze in Deutschland?“

JA 73%

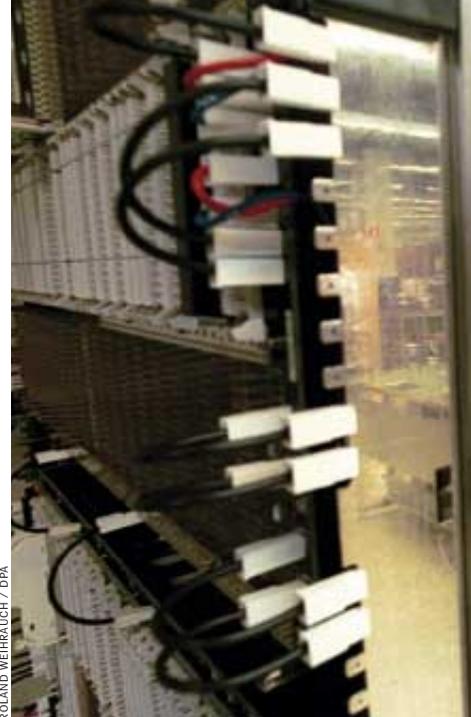
NEIN 24%

... Vorteile für die deutsche Wirtschaft?“

JA 35%

NEIN 60%

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 20. und 21. April; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe



Protest von Siemens-Mitarbeiterinnen in Kamp-Lintfort, Herstellung von Siemens-Leiterplatten in Warschau: Die meisten Standorte zu

Unternehmen besonders attraktiv. Und für den Standort Deutschland besonders gefährlich.

Wird Deutschland also zu den Verlierern der großen EU-Erweiterung zählen, weil die Arbeit in bisher unbekanntem Ausmaß abwandert?

Ja, sagen Pessimisten wie der Münchener Professor Hans-Werner Sinn, Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung (Ifo), er prophezeit eine lang anhaltende Niedriglohnkonkurrenz. Das aber bedeutet niedrigere Einkommen, weniger Wachstum und Wohlstand: Eine Spirale nach unten käme in Gang.

Nein, sagen Optimisten wie der Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt, er prophezeit eine „Win-win-Situation“, also eine Entwicklung, von der alle profitieren, die Beitrittsländer und die etablierten Industriestaaten, allen voran Deutschland.

Nach dieser Theorie treibt das Wachstum in Osteuropa die gesamte europäische Wirtschaft an: durch vermehrte Exporte in die aufstrebenden Länder und auch durch die Verlagerung von Jobs. Mit im Ausland produzierten Zulieferungen für die deutschen Konzerne bleiben deren weltweit begehrte „Made in Germany“-Produkte überhaupt erst wettbewerbsfähig.

Die bisherige Entwicklung stützt die These der Optimisten. Die Öffnung Osteuropas erwies sich für die deutsche Wirtschaft als Glücksfall, sie eroberte neue Märkte und erschloss sich kostengünstige Zulieferungen. Hunderttausende Arbeitsplätze wurden so geschaffen oder gesichert – hier zu Lande wohlgemerkt.

Fünf Prozent aller deutschen Auslandsinvestitionen fließen in die Reformländer Osteuropas, bis 2001 waren es 33,6 Milliarden Euro. Deutsche Unternehmen kauften sich in privatisierte Branchen wie Telekommunikation und Energie ein, deutsche Handelsketten breiteten sich aus. Die

Filialen von Metro, Deichmann, Rossmann oder Lidl säumen die Einfallsstraßen der großen Städte. Auch die Verlage haben den neuen Markt im Osten entdeckt. Der Springer-Verlag brachte eine polnische Ausgabe von „Newsweek“ auf den Markt, sein Boulevardblatt „Fakt“ entwickelte sich binnen weniger Monate zur größten Zeitung Polens.

Schon heute sind die Beitrittskandidaten zusammengenommen noch vor Frankreich und den Vereinigten Staaten der wichtigste Handelspartner der Bundesrepublik. Sowohl die Importe als auch die Exporte haben seit Beginn der neunziger Jahre kontinuierlich zugenommen, zum Teil mit Zuwachsraten von 16 Prozent im Jahr.

Seit 1993 hat sich der Wert der gehandelten Waren verfünffacht, wobei die

„Made in Germany“ hat in den Ländern Osteuropas einen guten Klang.

Deutschen meist mehr exportierten als importierten. In manchen Jahren betrug der Exportüberschuss über sechs Milliarden Euro. „Made in Germany“ hat im Osten einen guten Klang, deutsche Autos und Maschinen sind begehrt. Inzwischen hat sich der Außenhandelsaldo wegen des Aufbaus der dortigen Industrie leicht umgekehrt.

Das baden-württembergische Unternehmen Schuler in Göppingen zum Beispiel, Weltmarktführer bei der Produktion von Metallpressen, stattete 1999 eine komplette Fertigungshalle für Karosserien bei Škoda in Tschechien aus. Anfang des Jahres erhielten die Göppinger zudem die Aufträge, Pressmaschinen für Peugeot in der Slowakei sowie für Renault in Slowenien zu liefern. Allein im vergangenen Geschäftsjahr konnte das 4000-Mann-Unter-

nehmen Bestellungen im Wert von rund 560 Millionen Euro akquirieren, wobei ein Großteil auf Osteuropa fiel.

Einträgliche Geschäfte mit Osteuropa machen sogar kleine und mittelständische Familienunternehmen. C. H. Erbslöh, ein Handelsunternehmen für Spezialchemikalien, eröffnete 1997 das erste Verkaufsbüro in Polen. „Wenn die osteuropäische Wirtschaft konkurrenzfähig werden will, kommt sie gar nicht umhin, in Deutschland Qualitätsprodukte einzukaufen“, sagt Geschäftsführer Carl Hugo Erbslöh.

Einen regelrechten Boom prophezeien Ökonomen den Ländern Osteuropas nach dem EU-Beitritt, mancher spricht gar von einem zweiten Wirtschaftswunder. Und doch wird es Jahrzehnte dauern, bis die neuen Länder wirtschaftlich Anschluss an das alte Europa gefunden haben.

Das Gefälle zwischen West und Ost innerhalb der neuen EU ist entsprechend groß: ob Wirtschaftskraft, soziale und ökologische Standards oder Infrastruktur – zur Europäischen Union gehören nun Staaten, die sich gravierend von den bisherigen Mitgliedern unterscheiden.

Von den östlichen Beitrittsländern erwirtschafteten nur Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn ein Bruttoinlandsprodukt (BIP), das, gemessen in Kaufkraft, über 50 Prozent des bisherigen EU-Durchschnitts von etwa 24 000 Euro liegt. Zum Vergleich: Die neuen Bundesländer, deren Aufbau 14 Jahre nach der Wiedervereinigung durchaus als gescheitert gelten kann, erreichen 70 Prozent des EU-Schnitts – allerdings sind seit der Wende auch 1250 Milliarden Euro in den Osten Deutschlands geflossen.

Allein diese Zahlen zeigen, welche Dimension der neue Aufbau Ost hat. Die Probleme sind durchaus vergleichbar, der Lösungsansatz aber könnte kaum unterschiedlicher sein: Ostdeutschland bekam



Hightech-Schmieden ausgebaut

PETER HIRTH / TRANSIT

nicht nur die D-Mark eins zu eins – sondern auch das westdeutsche Sozialsystem, während die Wirtschaft auch wegen der schnellen Anpassung der Löhne an das Westniveau schlagartig zusammenbrach. Seither hängt der Osten Deutschlands am Tropf des Westens.

Auch die EU wird durch die Osterweiterung – statistisch betrachtet – erst einmal schwächer und ärmer, das durchschnittliche BIP sinkt dramatisch. Die bisherigen Mitglieder werden in diesem Jahr voraussichtlich ein BIP von 9600 Milliarden Euro erwirtschaften, die ehemaligen Ostblockländer bringen gerade mal 450 Milliarden hinzu. Nimmt man alle Beitrittsländer, inklusive Slowenien, Zypern und Malta, steigt das BIP um rund neun Prozent. An Fläche und Bevölkerung gewinnt die neue EU dagegen rund ein Drittel hinzu.

Besonders bei den Ländern, die jahrzehntelang jenseits des Eisernen Vorhangs lebten, wird es mindestens eine Generation dauern, bis sie sich dem EU-Standard auch nur annähern. Das Wohlstandsgefälle ist gewaltig, in Polen oder der Slowakei sind beinahe 20 Prozent der Menschen arbeitslos.

Klar ist, dass die neuen Ossi finanzielle Transfers, wie sie nach der Wiedervereinigung nach Ostdeutschland flossen, nicht zu erwarten haben. Aber ohne Hilfe aus dem alten Europa wird es auch nicht gehen – und auch nicht ohne Streit, wie und welche Region künftig gefördert wird.

Zwischen 2007 und 2013 will die EU-Kommission insgesamt 336 Milliarden Euro für den Ausgleich der Lebensverhältnisse innerhalb der EU ausgeben. Allein 80 Prozent davon entfallen auf die Förderung jener Regionen, deren Pro-Kopf-Einkommen unter 75 Prozent des EU-Durchschnitts liegt.

Dieser Wert aber sinkt durch die Osterweiterung von rund 16 800 auf 15 300 Euro.

17 von 50 bisher geförderten EU-Regionen würden deshalb nach letztem Datenstand künftig leer ausgehen, darunter fast alle Regionen Ostdeutschlands – obwohl sich an den Lebensverhältnissen dort überhaupt nichts geändert hat.

Andererseits haben in den 10 neuen Ländern 36 von insgesamt 41 Regionen Anspruch auf Hilfe aus Brüssel. In ihnen leben 69 Millionen Menschen, 92 Prozent der Bevölkerung aller Beitrittsstaaten.

Schon jetzt scheint damit ein Verlierer der Osterweiterung festzustehen: Ostdeutschland. Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus fürchtet einen „Sandwich“-Effekt. Eingeklemmt zwischen den wirtschaftsstarke alten Ländern und den boomenden Beitrittsstaaten droht Ostdeutschland vollends die Luft auszugehen.

Gerade von dieser Mittellage erhoffen sich viele Unternehmen aber auch Vorteile. „Es liegt doch ein riesiger Markt vor unserer Haustür, wir müssen ihn nur erobern“, sagt Wilfried Wandel, Vertreter des Mittelstandsverbandes in der Uckermark (siehe Kasten Seite 108).

Auf große Ansiedlungen können die Ostdeutschen jedenfalls nach dem 1. Mai noch weniger hoffen als zuvor. Auch bislang entstanden neue Fabriken kaum in den neuen Bundesländern, sondern noch weiter östlich: Die jetzigen Beitrittsländer waren und sind für Investoren wesentlich attraktiver.

Der Zug nach Osten begann unmittelbar nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, der zu Zeiten des Kalten Krieges den Ostblock vom kapitalistischen Westen abriegelte. Billiglöhne, niedrige Unternehmensteuern und überaus flexible Arbeitszeiten ließen Konzerne wie Siemens und VW, aber auch zahlreiche Mittelständler sofort nach der Wende Joint Ventures gründen – verlängerte Billigwerkbänke für die lohnkostenintensive Massenproduktion.

Inzwischen hat sich die Lage ein wenig verändert. Zwar betragen die durchschnittlichen Arbeitskosten pro Stunde in den neuen Beitrittsländern mit 6,07 Euro noch immer nur einen Bruchteil der deutschen (28,82 Euro), die meisten Standorte jedoch wurden zu Hightech-Schmieden ausgebaut – der westeuropäischen Konkurrenz längst ebenbürtig.

In der Automobilindustrie bilden sich Technologiezentren rund um die Werke der Hersteller – im tschechischen Kolín an der Elbe etwa, wo PSA Peugeot-Citroën und Toyota eine Gemeinschaftsfabrik bauen. Oder im polnischen Gliwice, wo Opel eine Kopie des Werks in Eisenach eingepflanzt hat. Man arbeite dort mit „uneingeschränkt gleicher Fertigungsqualität und -produktivität, aber flexibleren Mitarbeitern zu 80 Prozent günstigeren Löhnen“, so Opel-Vorstandschef Carl-Peter Forster.

Noch einmal 30 Prozent billiger ist die Slowakei, wo VW und bald die erste



Im Osten viel Neues

Standortbedingungen der mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer im Vergleich zu Deutschland



JÖRG MODROW / LAIF

Hamburger Hafen: Exporte mit zweistelligen Zuwachsraten

europäische Hyundai-Fabrik zudem von Steuersätzen profitieren, die nicht einmal halb so hoch sind wie die 38,7 Prozent in Deutschland. Für Forster ergibt sich deshalb nur die Alternative: „Out of Germany or out of Business!“

Auch Dienstleistungen wandern inzwischen nach Osten ab. Esso verlagerte die Buchhaltung von Hamburg nach Prag. Die Konzernmutter ExxonMobil will von dort aus alle ihre europäischen Töchter bilanzieren. DHL, der Paketservice der Deutschen Post, steuert demnächst in einem Rechenzentrum seine gesamte IT-Infrastruktur aus der tschechischen Hauptstadt, deren Großraum inzwischen die reichste Region der Beitrittsländer ist: Die dortige Wirtschaftsleistung pro Kopf liegt bereits über dem Durchschnitt Westeuropas.

Große Investoren mussten in den ersten Jahren nicht einmal die niedrigen Körperschaftsteuern zahlen. Sie profitieren von so genannten Steuerferien – mit der tschechischen Regierung ausgeklügelten Sonderabkommen. Seit Ende des Kommunismus lockte die tschechische Republik so 36,6 Milliarden Euro Direktinvestitionen ins Land – allein 11,4 Milliarden davon kamen von deutschen Unternehmen. Polen köderte auf ähnliche Weise sogar die Rekordsumme von 38,6 Milliarden Euro: In den ehemals 17 Sonderwirtschaftszonen des Landes waren alle Firmen, die zwischen 400 000 und 2 Millio-

nen Euro investierten, zehn Jahre lang von der Einkommensteuer befreit und konnten weitere zehn Jahre bis zu 50 Prozent ihrer Steuern sparen.

Allerdings hat die EU diese Wirtschaftsförderung nach Gutsherrenart nicht länger geduldet. Die bestehenden Abkommen laufen aus. Die neue Förderung wurde dem EU-Recht angepasst. Aber auch die generell gültigen Steuersätze sind konkurrenzlos niedrig. „Wir machen die beste Steuer-

Die Beitrittsländer locken mit Niedrigsteuern deutsche Unternehmen an.

politik in Europa“, rühmte sich Estlands früherer Finanzminister Tonis Palts, „einfaches System, niedrige Sätze.“ Gewinne, die wieder investiert werden, bleiben sogar ganz steuerfrei.

Dass die Beitrittsländer Steuergelder aus Deutschland erhalten und gleichzeitig mit Niedrigsteuern Investoren anlocken, was wiederum in Deutschland für weniger Steuereinnahmen sorgt, empört hier zu Lande die Politiker. Regierung wie Opposition fordern eine europäische Mindeststeuer (siehe Interview Seite 110), ob sie sich durchsetzen, ist fraglich: Auf Abgabenfragen konnten sich die EU-Mitglieder schon im bisherigen kleineren Rahmen nicht einig.

So großzügige Geschenke, wie sie der deutsche Autokonzern Audi im ungarischen Győr erhielt, werden künftig jedoch nicht mehr möglich sein. Bis 2008 muss der Ingolstädter Konzern, der dort Motoren bauen und das TT-Modell montieren lässt, weder Körperschaft- noch kommunale Ertragsteuer zahlen.

Ähnlich zuvorkommend wurde Epcos im westungarischen Szombathely empfangen. Der zweitgrößte Hersteller von passiven Bauelementen für die Chipindustrie, ehemals ein Star der New Economy, beschäftigt bereits 1000 Mitarbeiter in Szombathely, und ständig werden es mehr.

Gerade kündigte Epcos-Chef Gerhard Pegam an, nicht mehr nur die Massenproduktion, sondern auch lohnintensivere Geschäftszweige zu verlagern, worauf einige Banken sofort mit einer Kaufempfehlung für Epcos-Aktien reagierten. Schon jetzt arbeiten 70 Prozent der rund 13 000 Mitarbeiter in Billiglohnländern.

Schritt für Schritt übernehmen sie Tätigkeiten, die lange den deutschen Mitarbeitern vorbehalten waren: Die Mitarbeiter in Ungarn sollen bald auch für Controlling, Einkauf und Logistik zuständig sein.

„Wir geben Ihrer Zukunft kein Zuhause“, protestierten Belegschaftsmitglieder noch vor kurzem in München vor der Konzernzentrale. Doch inzwischen scheinen sie müde zu sein. Bald wird Epcos kaum noch 2000 Mitarbeiter in Deutschland be-

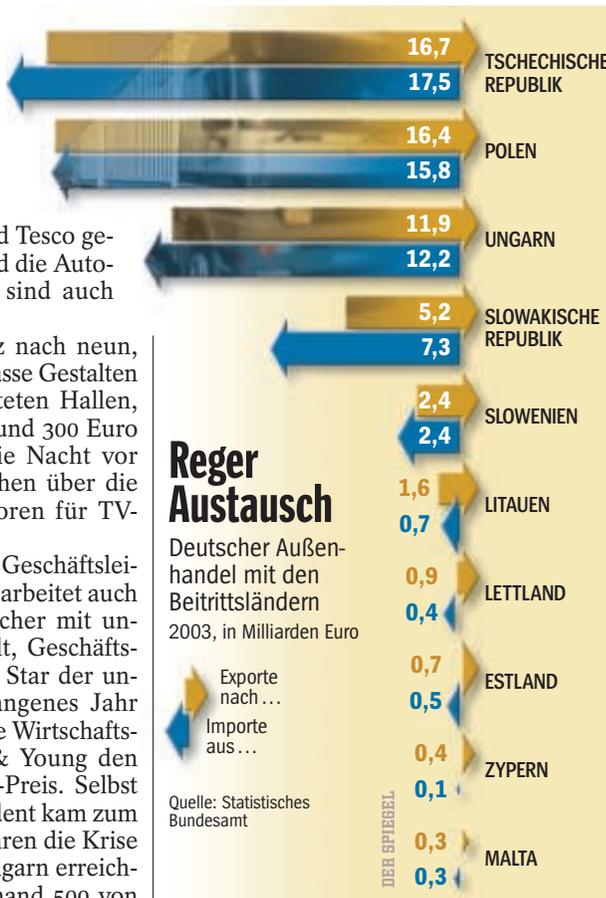
schäftigen. Viele deutsche Epcos-Jobs saugt das Werk in Szombathely auf, ein silberner, 400 Meter langer Flachdachbau im Claudius-Park, dem neuen Industriegebiet am Stadtrand. In der Nachbarschaft haben bereits die Handelshäuser Metro und Tesco gebaut, ein Praktiker-Markt und die Autozulieferer Delphi und LuK sind auch schon da.

Es ist später Abend, kurz nach neun, Schichtwechsel bei Epcos. Blasse Gestalten huschen in die hell erleuchteten Hallen, darunter viele Frauen. Für rund 300 Euro im Monat verbringen sie die Nacht vor Schweißautomaten und wachen über die Produktion von Kondensatoren für TV- und Haushaltsgeräte.

Selbst in den Räumen der Geschäftsleitung brennt noch Licht. Dort arbeitet auch László Szentkúti, ein Deutscher mit ungarischem Vater, 35 Jahre alt, Geschäftsführer und so etwas wie ein Star der ungarischen Wirtschaft: Vergangenes Jahr verlieh ihm die amerikanische Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young den „Entrepreneur of the Year“-Preis. Selbst der ungarische Ministerpräsident kam zum Gratulieren. Als vor zwei Jahren die Krise der Elektroindustrie auch Ungarn erreichte, entließ Szentkúti kurzerhand 500 von 1300 Leuten – häufig binnen 30 Tagen, ohne Begründung, ohne Konsultation eines Betriebsrates.

Jetzt allerdings will er sich lieber nicht mehr äußern. Die deutsche Geschäftsleitung hat dem Unternehmer des Jahres einen Maulkorb verpasst.

Eine Stunde später, 50 Kilometer weiter südlich in Zalaegerszeg: Schichtwechsel bei Flextronics. Die Pförtner am Werktor wirken wie Schleusenwärter, die nach Kontrolle der Rucksäcke die sich stauende Masse in die Nacht abfließen lassen.



Reger Austausch

Deutscher Außenhandel mit den Beitrittsländern 2003, in Milliarden Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Szene erinnert an alte Schwarzweißfotos der großen Werkttore von AEG oder Bosch in den Goldenen Zwanziger Jahren, so, als hätte das Industriezeitalter noch Zukunft.

Die Mitarbeiter fertigen Mobiltelefone für Ericsson und Nokia, Leiterplatten für TV-Geräte von Toshiba und Schneider, Drucker für Hewlett Packard – und Handys für Siemens. Etwa 20 Produktionslinien hat Flextronics bereits für den deutschen Elektronikriesen installiert.

Flextronics ist einer der größten Auftragsfertiger der Welt – eine verschwiegene Firma, von ein paar Amerikanern geführt, in Singapur ansässig und mit einem guten Riecher für die Dumpinglohn-Regionen der Welt. Kommt wie an diesem Abend ein Fotograf den Fertigungshallen zu nah, springen kurzhaarige Rambos vom Werkschutz auf ihn zu und befehlen, „wegen Terrorgefahr“ den Fotoapparat einzustecken. Der eigentliche Grund für die Nervosität: Flextronics hat sich vertraglich verpflichtet, die Namen seiner Kunden geheim zu halten.

95 000 Menschen arbeiten weltweit für den Konzern und bescherten den Amerikanern im vergangenen Jahr 13,4 Milliarden Dollar Umsatz. Die meisten der 25 000 europäischen Mitarbeiter sind in den vier Werken in Ungarn tätig. „Eine neue Fabrik steht hier in nur drei Monaten“, schwärmte Osteuropa-Manager Peter Baumgartner vor einiger Zeit.

„32 000 Mobiltelefone werden pro Tag fertig“, sagt ein junger Nachtschichtleiter, der vor allem Frauen beaufsichtigt, die teilweise sogar aus Rumänien kommen. Für knapp 300 Euro fügen 1000 Arbeiter in Zalaegerszeg auch Baureihen für Siemens-Handys zusammen – die gleichen wie ihre deutschen Kollegen im Werk Kamp-Lintfort.

Welchen Standort Siemens favorisiert, wurde schon während des Weihnachtsgeschäfts deutlich: Während Ungarn mit Material überhäuft wurde, „standen bei uns die Linien still“, sagt Michael Leucker, Betriebsrat im Werk in Kamp-Lintfort. Siemens kassierte für Investitionen am strukturschwachen Niederrhein Millionenförderungen von der EU, trotzte der Belegschaft extrem flexible Arbeitszeiten ab und heuerte zusätzlich Hunderte kurzfristig kündbare Leiharbeiter an. Leucker ahnt, dass seine Kollegen einen solchen Wettbewerb, „wo eine Seite am Rande des modernen Sklaventums produziert“, nicht gewinnen können.

Siemens-Chef Heinrich von Pierer lässt keinen Zweifel daran, dass er von den deutschen Beschäftigten des Konzerns entgegenkommen verlangt – auch in Kamp-Lintfort. Die 224 Beschäftigten des Handy-Service in Bocholt haben bereits einer flexibel aufzuteilenden Jahresarbeitszeit von 1760 Stunden zugestimmt. Das entspricht einer 40-Stunden-Woche. Urlaubs- und Weihnachtsgeld wurden in Erfolgspremien umgewandelt.

Produktionseinheit für Produktionseinheit ließ Pierer im vergangenen Jahr durchrechnen: Was kostet das Teil hier, was würde es kosten, wenn es in Ungarn gefertigt würde? Der Arbeitskostenvorteil lag bei 25 Prozent, und die will Pierer jetzt einsparen. Andernfalls wird verlagert.

Handelt Pierer unpatriotisch? Oder weitsichtig? Auf jeden Fall konsequent: Er habe seit langem vor dem „schleichen-



Flextronics-Mitarbeiter in Ungarn: „Am Rande des modernen Sklaventums“

MICHAEL APPELT / AGENTUR ANZENBERGER

„Wir müssen den Markt nur erobern“

Vom Rand ins Zentrum: ein Streifzug durch eine deutsch-polnische Grenzregion

Elisabeth Spitzta hat ihre EU-Osterweiterung im Kleinen schon vor drei Monaten vollzogen. Da nämlich eröffnete die Geschäftsführerin der Möbelwerke Prenzlau die erste Verkaufsausstellung ihrer Büro- und Spezialmöbel im benachbarten Chojna in Polen. Provisorisch zwar, aber immerhin.

In der Büroetage einer stillgelegten Fabrik präsentiert ein eigens dafür engagierter Verkaufsberater Spitztas Möbel polnischen Interessenten. „Vieles erinnert mich schon an die westdeutschen Firmen, die nach der Wende zu uns gekommen sind“, sagt Spitzta. „Nur dass wir diesmal die sind, die kommen.“

Dabei ist der Weg nach Polen keine Einbahnstraße. Im Gegenzug bauten die Möbelwerke Prenzlau eine stillgelegte Panzerhalle auf ihrem Betriebsgelände als Verkaufsraum aus, um für einen polnischen Möbelbauer den Markt in Deutschland zu ebnen. Da beide unterschiedliche Möbel herstellen, kommen sie sich nicht in die Quere. Verkauft Spitzta eine Schrankwand ihres polnischen Kollegen, bekommt sie Provision. Bringt der polnische Fabrikant einen Rollcontainer aus Prenzlau an den Mann, kassiert er.

Für den mittelständischen Betrieb aus Brandenburg ist die kleine Expansion nach Osten ein großer Schritt. Seit der Wende hat Spitzta vor allem Kunden im Westen beliefert. Die Kosten für den Transport dorthin überstiegen manchmal sogar die Erlöse. Prenzlau und der dazugehörige Landkreis Uckermark lagen jahrelang am Rande der Republik, die Wege zu den Märkten waren lang.

Nun rücken die Uckermarker plötzlich ins Zen-

trum des neuen Europa und hoffen auf den Aufschwung, der ihnen bislang versagt blieb: Mit rund 27 Prozent Arbeitslosigkeit zählt der flächenmäßig größte Landkreis Deutschlands zu den besonders geschundenen Regionen.

Bei großen Betrieben wie dem Petrochemischen Kombinat Schwedt (PCK) gingen Tausende Arbeitsplätze verloren, andere wurden, wie das Armaturenwerk Prenzlau, ganz abgewickelt. Neue Betriebe siedelten sich kaum an – und wenn, dann nur, solange es Ostförderung gab.

Die Folge: Junge Leute wanderten in Scharen ab, wirtschaftlich herrschte weitgehend Stillstand. Heute ist die Region vor allem landwirtschaftlich und touristisch geprägt, vereinzelt gibt es ein paar kleine Mittelständler mit selten mehr als 50 Mitarbeitern. Umätze, die zehn Millionen Euro im Jahr übersteigen, gelten schon als Ausnahme.

Das soll sich nun grundlegend ändern. „Eine der längsten Grenzregionen zwischen der alten und der neuen EU verläuft hier entlang der Uckermark“, sagt

Wilfried Wandel. Als örtlicher Vertreter des Mittelstandsverbandes wird Wandel nicht müde, seinen Mitgliedern die Chancen dieser Nähe einzubläuen. „Es liegt doch ein riesiger Markt vor unserer Haustür. Wir müssen ihn nur noch erobern“, sagt er.

Den meisten Mittelständlern in der Uckermark fehlt das Kapital, sich auch mit der Produktion in Polen anzusiedeln, sie beschränken sich bislang auf die Eröffnung von Verkaufsbüros bei ihren Nachbarn.

Selbst die Papierfabrik Leipa in Schwedt – einer der größten Arbeitgeber in der Uckermark – investierte lieber noch am alten Standort. Für rund 330 Millionen Euro baut der Inhaber Hubert Schrödinger derzeit eine neue Papiermaschine auf deutscher Seite auf, nicht zuletzt für den Markt in Osteuropa. Das Wagnis der Produktionsverlagerung erschien ihm zu groß. „Auf polnischer Seite wäre so viel Anfangskapital nötig gewesen, dass ich den Schwedter Standort gefährdet hätte“, sagt Schrödinger.

Stattdessen schafft er nun in Schwedt zu den bestehenden 550 knapp 230 neue Arbeitsplätze. „Die



Mitarbeiterinnen der Velind Chemie: Stettin liegt näher als Berlin



Leipa-Inhaber Schrödinger: „Die werden unser Papier schon brauchen“

FOTOS: CARSTEN KOALL

Polen haben ja nur zwei große Papierfabriken, aber sie werden genauso viele Kataloge, Zeitschriften oder Verpackungen haben wollen wie wir“, sagt Schrödinger selbstbewusst. „Die werden unser Papier schon brauchen.“

Erwartungsfroh sieht auch Horst Donth die nahe Zukunft. „Von wegen der Osten wird verlieren. Das ist doch Quatsch“, sagt Donth. Seine Firma Velind Chemie ist ein kleiner, ausgegliederter Teilbereich des ehemaligen PCK. Mit rund 30 Mitarbeitern stellt Donth Autopflegeprodukte und Haushaltssprays her.

In Polen beschäftigt Donth bereits einen Außendienstler, der den Verkauf ankurbeln soll. Seit dessen Einstellung ist der Umsatz dort schon um 20 Prozent gestiegen. Nun hofft Donth auf die großen deutschen Handelsketten, die sich in Polen bereits breit gemacht haben. Bei Rossmann in Deutschland ist Velind mit seinen Sprays schon gelistet. „Was spricht dagegen, dass wir zukünftig auch bei Rossmann in Polen im Regal stehen?“, fragt der Ingenieur. „Die Hafenstadt Szczecin mit ihren 415 000 Einwohnern liegt als Verbrauchermarkt schließlich viel näher als Berlin.“

Überhaupt Szczecin: Das frühere Stettin gilt in Polen neben Warschau als eines der prosperierendsten Wirtschaftsgebiete überhaupt. Nun hoffen die Uckermarker, dass die traditionsreiche Wirtschaftsachse Stettin-Berlin eine Renaissance erfährt und Städte wie Prenzlau, Schwedt oder Angermünde mit nach oben zieht. Schließlich liegen sie in einem Umkreis von nur 50 bis 60 Kilometern. Selbst wenn irgendwann doch das eine oder andere Unternehmen in Polen produzieren lässt, sehen das weder die Deutschen noch die Polen als Gefahr. „Das ist doch ein ganz normaler Prozess“, sagt Dariusz Więcaszek, Präsident der Stettiner Handelskammer. „Was wäre Deutschland ohne amerikanische, französische oder japanische Unternehmen?“

Auch Wilfried Wandel macht sich um mögliche Abwanderungen seiner Mitglieder keine Sorgen. „Selbst wenn in Zukunft einige Produktionsabschnitte nach Polen verlagert werden, zeigt das nur, wie gesund das Unternehmen ist. Sonst könnte es sich das finanziell gar nicht leisten.“

Und umgekehrt? Was ist mit den billigen Arbeitskräften, die mit der Einführung der vollen Freizügigkeit nach sieben Jahren in Deutschland arbeiten können? Wandel wehrt ab. „Die kommen mit Sicherheit nicht nach Brandenburg. Die gehen doch gleich nach Bayern oder Baden-Württemberg.“

JANKO TIETZ



Praktiker-Baumarkt in Budapest: Die Öffnung Osteuropas erwies sich als Glücksfall

den Weggang von Arbeitsplätzen“ aus Deutschland gewarnt, sagt Pierer. Und dieser Prozess werde sich nach dem 1. Mai weiter beschleunigen, wenn Deutschland nicht gegensteuere.

Es gibt viele deutsche Manager, die einen regelrechten Exodus der deutschen Industrie befürchten. Die dunkel raunen, den Deutschen sei noch gar nicht bewusst, was auf sie zukomme.

Und es gibt die anderen, die, wie etwa Rüdiger Pohl, Chef des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle, meinen, „bei der Osterweiterung ist das meiste schon gelaufen“, der Höhepunkt der Arbeitsplatzverlagerung sei bereits überschritten.

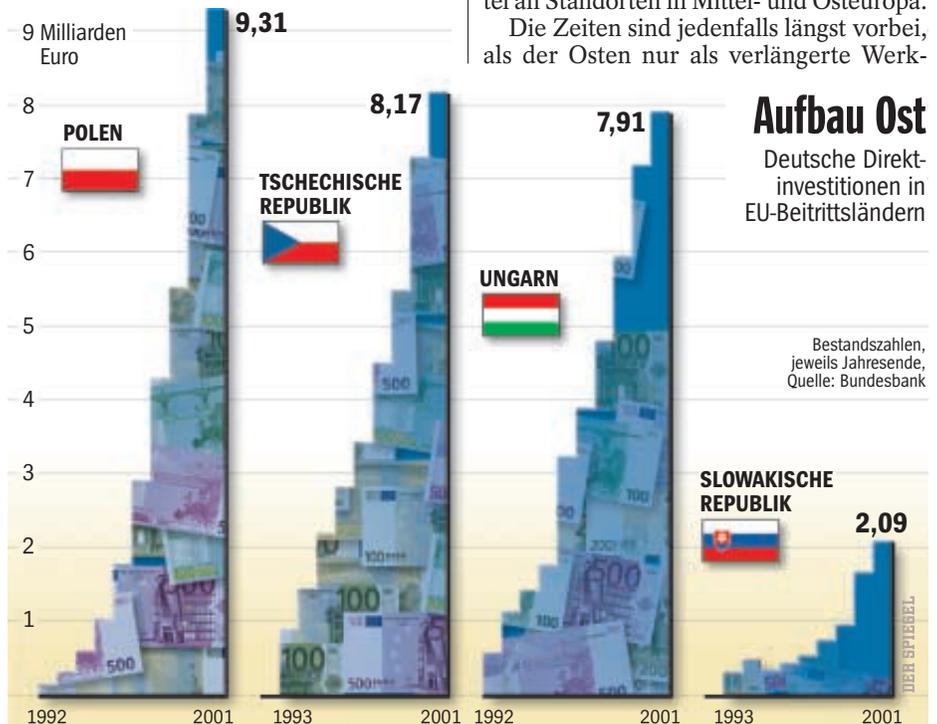
Gegen diese These spricht, unter anderem, das Beispiel Siemens: Dort sind nach den jüngsten Berechnungen 2500 Arbeitsplätze nicht mehr in Deutschland zu halten, weitere 2500 können gerettet werden,

wenn die Arbeitnehmer, wie in Bocholt, Zugeständnisse machen.

Tatsächlich aber geht es um ganz andere Dimensionen. Die Konzernlenker arbeiten an einer ganz neuen Organisation des Konzerns, vom Haus auch „Siemens Management System (SMS)“ genannt: Alle Betriebsbereiche – von der Grundlagenforschung bis zum simpelsten Handgriff – sollten weltweit verschoben werden können. „Optimierung der globalen Wertschöpfung“ nennen das die Unternehmensplaner bei Siemens.

Schon vorigen Sommer entschied der Zentralvorstand, die Kosten der Software-Entwicklung um 25 Prozent zu reduzieren – durch Verlagerung nach Indien und vor allem in den neuen Osten der EU. Gesteuert wird der Gang gen Osten von der österreichischen PSE, einem innerhalb des Siemens-Konzerns weitgehend selbständig arbeitenden Software-Haus. Von den über 5100 Mitarbeitern arbeiten bereits ein Drittel an Standorten in Mittel- und Osteuropa.

Die Zeiten sind jedenfalls längst vorbei, als der Osten nur als verlängerte Werk-



bank für billige Zulieferungen benutzt wurde. In vielen Konzernen sind die neuen Fabriken in den Beitrittsländern den Stammwerken vollkommen ebenbürtig, nur eben viel billiger.

Welche Folgen der Bau neuer Fabriken in Osteuropa für die Arbeitsplätze in Deutschland haben kann, lässt sich besonders gut am Beispiel des Volkswagen-Konzerns beobachten. Die Wolfsburger bauen seit 1991 in Osteuropa Autos, sie haben dort 6,7 Milliarden Euro investiert und beschäftigen 41 000 Arbeitnehmer. Die Entwicklung verlief dabei in vier Stufen.

Erstens: Der Markt in Osteuropa wird erschlossen.

Carl Hahn, der einstige VW-Chef, war einer der ersten Autobosse, die erkannten, welche Möglichkeiten sich nach dem Fall des Eisernen Vorhangs im Osten boten: „Osteuropa ist für die Autobranche ein Megamarkt ohne Parallele.“ 1991 stieg er bei Škoda ein. Es war die renommierteste Automarke in Osteuropa, nach westlichen Maßstäben aber ein schlimmer Sanierungsfall. Alles war veraltet, die Fabriken und die Autos. Die Firma erwirtschaftete Verluste. Aber sie bot Zugang zum osteuropäischen Markt.

Mit den relativ teuren Fahrzeugen aus Deutschland, mit den Marken VW und Audi, hätte der Volkswagen-Konzern dort keine hohen Absatzzahlen erreichen kön-

nen. Also investierte VW viel Geld, um die Fabrik in Mladá Boleslav, 60 Kilometer nordöstlich von Prag, technisch aufzurüsten und die Škoda-Modelle zu verbessern. Der Export nach Ost- und Westeuropa zog an, Škoda fuhr erste Erfolge ein.

Zweitens: Fabriken in Osteuropa helfen, die Kosten zu senken.

In Bratislava bauten die Wolfsburger Montagelinien für den Passat und den Polo auf. Die Tochter Audi errichtete in Ungarn ein völlig neues Motorenwerk. In beiden Fabriken profitiert der VW-Konzern natürlich von den niedrigen Lohnkosten. Da sie aber nur zwischen 6 und 15 Prozent der gesamten Fahrzeugkosten ausmachen, ist dies nicht der entscheidende Vorteil. Stärker

„Das muss aufhören“

Finanzminister Hans Eichel über Steuerdumping in der EU

SPIEGEL: Herr Eichel, warum wollen Sie den neuen EU-Mitgliedern verbieten, mit attraktiven Steuersätzen Unternehmen anzulocken und so ihr Wachstum anzukurbeln?

Eichel: Wettbewerb soll und muss es geben. Aber ein Körperschaftsteuersatz von null, wie ihn Estland anbietet, ist ein Problem. Er führt dazu, dass Firmensitze in solche Länder verlegt werden. Letztendlich gehen anderen Staaten dadurch Steuern, aber auch Arbeitsplätze, verloren. Das ist den Menschen nicht zu vermitteln und schadet der Idee der europäischen Einigung.

SPIEGEL: Was schlagen Sie vor?

Eichel: Jeder Wettbewerb braucht Regeln und Grenzen, die wir in der EU nun festsetzen müssen. Dumping und Wucher sind bei uns ja auch verboten. Derart enorme Steuervergünstigungen führen dazu, dass sie für Firmen zur alleinigen Entscheidungsgrundlage werden – obwohl für die Standortwahl sonst auch jede Menge andere Faktoren eine Rolle spielen.

SPIEGEL: Wo hört denn der faire Wettbewerb auf – und wo fängt Steuerdumping an?

Eichel: Das ist eine Frage, die man in den Verhandlungen klären muss. Einen Körperschaftsteuersatz von zwölf Prozent, wie beispielsweise in Irland, kann sich auf dem Festland kaum ein Land leisten. Das muss aufhören.

SPIEGEL: Sie müssen doch einen Mindeststeuersatz im Kopf haben.

Eichel: Den wird die Diskussion in der EU ergeben. Es muss einfach, wie heute schon bei der Mehrwertsteuer, Kor-

ridore geben, in denen sich die EU-Länder bewegen können.

SPIEGEL: Muss man nicht die gesamte Staatsfinanzierung betrachten, also auch die Einkommensteuer.

Eichel: Ja, natürlich. Aber Sie müssen ja irgendwo anfangen. Gerade die Unter-



Minister Eichel

„Jeder Wettbewerb braucht Regeln“

nehmen leiden unter den verschiedensten Steuergesetzen, vor allem, wenn sie in mehreren Ländern tätig sind. Auch deshalb macht es Sinn, deren Besteuerung europaweit zu regeln – und letztendlich zu harmonisieren. Eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer, wie sie EU-Binnenmarktkommissar Frits Bolkestein will, ist dabei nur ein erster wichtiger Schritt. Das Gleiche werden wir

bei der Einkommensteuer erleben. Auch hierfür gäbe es unsere volle Unterstützung.

SPIEGEL: In der Slowakei werden die Einkommen pauschal mit 19 Prozent versteuert – unabhängig von der Höhe der Bezüge. Was haben Sie dagegen?

Eichel: Ich bin mir sicher, dass sich dieses System auf Dauer nicht durchhalten lässt. Um ihre niedrige Einkommensteuer zu finanzieren, erhebt die Slowakei eine relativ hohe Mehrwertsteuer. Und das trifft vor allem die Menschen mit niedrigem Einkommen und führt zu erheblichen sozialen Verwerfungen.

SPIEGEL: Wir können uns kaum vorstellen, dass die Beitrittsländer freiwillig auf Wettbewerbsvorteile durch niedrige Steuern verzichten werden. Zumal die Beitrittsländer ihre finanziellen Ausfälle nun auch durch EU-Zuschüsse kompensieren können.

Eichel: Es ist völlig klar, dass wir den Schwächeren helfen wollen – und deshalb zahlen wir ja, absolut gesehen, auch am meisten in die EU-Kassen ein. Es ist aber nicht ungebührlich, von den Empfängerländern zu erwarten, dass Solidarität keine Einbahnstraße ist. Deshalb ist es doch völlig klar, dass wir dringend darüber reden müssen, ob wir die niedrigen Steuersätze, gerade in den Beitrittsländern, auch noch durch Zuschüsse über die EU finanzieren.

SPIEGEL: Reden können Sie, zu Änderungen zwingen aber können Sie nach den EU-Verträgen niemanden.

Eichel: Das ist nicht nur ein rechtliches Problem, sondern auch ein politisches. Denn wenn bei uns eine Stimmung entsteht, in der sich die Leute fragen, warum wir die Verlagerung unserer Firmen ins Ausland auch noch sponsorn – dann ist damit sicher niemandem gedient.

INTERVIEW: RALF NEUKIRCH,
WOLFGANG REUTER



MARTIN FEJER / OSTPHOTO

Continental-Reifenwerk in Temesvar (Rumänien): „Die erste Baugenehmigung hat nur ein paar Tage gedauert“

ins Gewicht fällt, dass Slowaken und Ungarn dem VW-Konzern für zehn Jahre Steuerfreiheit gewährten und die Belegschaften völlig flexibel einsetzbar sind: Milliardeninvestitionen in die Fertigungsanlagen können optimal genutzt werden. Deshalb lohnt es sich, auch hochautomatisierte Produktionen wie die Motorenmontage in Osteuropa aufzubauen.

Für die Arbeitsplätze in Deutschland war dies zunächst keine Gefahr. Im Gegenteil. Die Fertigung im Osten ermöglichte dem Volkswagen-Konzern die so genannte Mischkalkulation: Die höheren Kosten in Wolfsburg, Emden, Ingolstadt und den anderen deutschen Werken konnten durch die billige Produktion in Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Polen auf ein wettbewerbsfähiges Niveau gesenkt werden.

Drittens: Die neuen Werke werden zu Konkurrenten.

Der Schock wirkt bis heute nach: 1999 entschied der VW-Vorstand, dass der neue Geländewagen Touareg nicht in Hannover, sondern in Bratislava gebaut wird. Vorausgegangen war eine interne Ausschreibung, bei der sich die VW-Werke um die Produktion des neuen Fahrzeugs bewerben konnten. Bratislava hatte längst bewiesen, dass in der Slowakei eine zumindest vergleichbar gute Qualität erreicht wird wie in Deutschland. Und da die Kosten deutlich unter denen in Hannover lagen, erhielt das Werk den Zuschlag.

In Deutschland gingen deshalb keine Arbeitsplätze verloren. Aber die zusätzlichen Stellen entstanden in der Slowakei. Stillstand hier, Wachstum dort: Für den VW-Betriebsrat wirkte dies wie ein Weckruf. Wenn schon eines der technisch anspruchsvollsten Autos des Konzerns nicht mehr in Deutschland gebaut werden

kann, dann sind die Werke nicht mehr wettbewerbsfähig und die Jobs auf Dauer gefährdet.

Viertens: Fabriken in Deutschland stellen sich dem Wettbewerb.

Der VW-Betriebsrat stimmte schließlich einem Modell zu, das vor wenigen Jahren noch unvorstellbar gewesen wäre: Im Projekt „5000 mal 5000“ müssen die Beschäftigten so lange arbeiten, bis die vereinbarte Zahl von Autos fertig ist, im Extremfall bis zu 42 Stunden in der Woche. Ihnen werden dafür keine Überstunden bezahlt. Sie bekommen einen Pauschalloon von 2556 Euro.

Über 3000 neue Arbeitsplätze entstanden dadurch in Wolfsburg – und nicht in der Slowakei. Das Experiment zeigt, dass Autofabriken hier zu Lande mit denen

Was spricht dagegen, dass bald ganze Branchen ausfliegen?

in Osteuropa konkurrieren können, wenn die Belegschaften zu hoher Flexibilität bereit sind. Deshalb entschieden sich auch BMW, Porsche und DaimlerChrysler für den Standort D und bauen ihre neuen Fabriken in Leipzig und Kolléda, obwohl Städte in ganz Europa sich um die Ansiedlung bewarben. Neue Arbeitszeitmodelle ermöglichen es, die Werke länger auszulasten.

Für den VW-Konzern hat sich das frühe Engagement in Osteuropa doppelt gelohnt. Er hat in den neuen EU-Mitgliedsländern des Ostens einen Marktanteil von 28 Prozent, in Westeuropa sind es gut 18 Prozent. Und der direkte Kostenvergleich zwischen den Fabriken in Deutschland, der Slowakei, Tschechien, Polen und Ungarn erhöh-

te den Druck zu Reformen an den deutschen Standorten.

Und fünftens? Ist die Entwicklung damit – zum Vorteil für die deutsche Wirtschaft – zu Ende? Oder folgt – zum Nachteil des Standorts Deutschland – ein weiteres Kapitel?

Bislang ist die Bilanz für den Standort Deutschland positiv, wie das Beispiel der Automobilindustrie zeigt. Sie hat, mitsamt ihren Zulieferern, in Osteuropa 271000 neue Jobs geschaffen, gleichzeitig stieg aber auch die Zahl der Arbeitsplätze in Deutschland, zwischen 1997 und 2001 um mehr als 70000.

Aber keiner weiß, wie lange das so weitergeht. Denn in Zeiten wie diesen, in denen die Arbeit selbst nach Indien und China abwandern kann, ist kaum ein Job sicher. Was spricht dagegen, dass bald ganze Branchen ausfliegen? Dass sich Osteuropa als die Fabrik Europas etabliert, so wie sich China für bestimmte Branchen zur Fabrik der Welt entwickelt? Dass die Konzerne hier nur noch forschen und entwickeln (wenn sie das nicht auch noch anderswo machen)?

Natürlich können nicht alle Unternehmen ihre Arbeit auslagern. Viele sind dafür schlicht zu klein, es fehlt ihnen an Know-how und auch an Mut. Ein Trost ist das nicht. Denn diese Unternehmen müssen sich dann am Markt gegen die Billigimporte behaupten, und diesen Kampf können sie kaum gewinnen.

Schon jetzt drücken die neuen Wettbewerber in Deutschland die Löhne, bisher, wie bei Siemens und anderswo, eher indirekt über eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich. Für den Ifo-Präsidenten Hans-Werner Sinn ist es keine Frage, dass die zunehmende Abwanderung von Arbeitsplätzen Lohnsenkungen erzwingen wird. „Je länger man sich dagegen

sträubt, desto höher die Arbeitslosigkeit“, sagt Sinn.

Niemand weiß, wo dieser Prozess enden wird. Natürlich steigen mit zunehmendem wirtschaftlichem Erfolg auch im ehemaligen Ostblock die Ansprüche und damit die Löhne, zumal das Reservoir qualifizierter Fachkräfte nicht unerschöpflich ist. Aber noch im Jahr 2010 wird der polnische Durchschnittsverdienst nach Ifo-Berechnungen zwei Drittel unter dem deutschen liegen.

Andere Forschungsinstitute gehen von größeren Steigerungen aus. Entsprechend stark weichen die Prognosen über die Abwanderung von Arbeitsplätzen, aber auch über die Zuwanderung von Arbeitskräften aus Polen, Tschechien und den anderen Beitrittsländern voneinander ab.

Eine wahre Völkerwanderung erwartet das Ifo-Institut. Insgesamt, so glauben die Münchner Wissenschaftler, könnten innerhalb der kommenden 20 Jahre bis zu 5 Prozent der Gesamtbevölkerung der Beitrittsländer – also 3,75 Millionen Menschen – in die alte EU und da vor allem nach Deutschland drängen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnet nach Einführung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit mit maximal 270 000, die jährlich ihr Glück in der Bundesrepublik suchen wollen. Und das mit abnehmender Tendenz.

Vorerst aber bleiben die Grenzen dicht: Was das Recht auf Arbeit betrifft, sind die Neuen aus dem Osten EU-Mitglieder zweiter Klasse, ihre Bürger brauchen in der alten EU nach wie vor eine Arbeitserlaub-



Arbeitgeberpräsident Hundt (I.): „Win-win-Situation“

nis – und das möglicherweise bis 2011. Diese Beschränkung haben die Anrainerstaaten Deutschland und Österreich durchgesetzt, und beide sind gewillt, von ihr Gebrauch zu machen.

Der Schutz vor Lohndumping aus dem Osten ist allerdings nicht lückenlos. Denn Dienstleistungen dürfen – abgesehen von Bau, Gebäudereinigung und Innendekoration – frei angeboten werden. Findige Unternehmer wissen diese Lücke zu nutzen: Unternehmen mit Sitz in Polen, Tschechien oder Ungarn bieten in Deutschland ihre Dienste an. Sie können ihre Mitarbeiter über die Grenze schicken, müssen aber nur die in ihren Ländern üblichen Gehälter und Sozialabgaben bezahlen.

Wie das funktioniert, lässt sich in Mecklenburg-Vorpommern beobachten: In Boizenburg, immerhin 280 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt, nahm im

vergangenen Jahr der europäische Schlacht-Riese Danish Crown eine topmoderne Anlage in Betrieb, um Schweine zu zerlegen. Die 160 neuen Arbeitsplätze waren hier hochwillkommen, in der Region ist jeder Fünfte ohne Job.

Ein Jahr lang mühte sich der von Danish Crown beauftragte Subunternehmer DAN gemeinsam mit dem Arbeitsamt, heimische Arbeitslose für die Akkordjobs am Schlachtband zu schulen. „Von 100 Interessenten haben wir 3 eingestellt – als Hilfsarbeiter“, sagt Geschäftsführer Dieter Blehe. Die qualifizierte Arbeit haben inzwischen 140 polnische Fleischer übernommen. „Die sind pünktlich und hauen richtig rein“, lobt Blehe,

und das bei einem Stundenlohn von acht bis neun Euro.

Das Arbeitsamt musste dem Einsatz der Polen zustimmen, Visa und Arbeitsgenehmigungen waren notwendig. Sogar Unterkünfte mussten nachgewiesen werden. Um das Anliegen durchzusetzen, drohte Blehe schließlich sogar mit Betriebsschließung.

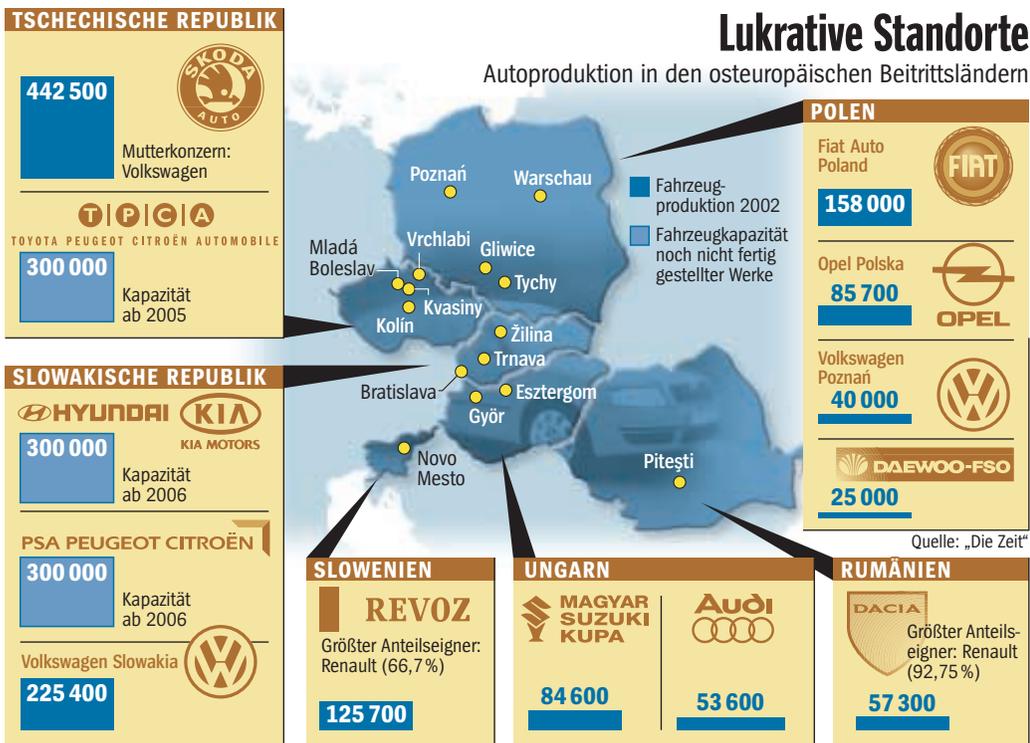
Ab Mai fällt die komplizierte Werkvertragsarbeitnehmer-Regelung weg, dann wird alles einfacher: Die 140 Polen in Boizenburg werden von der polnischen Firma Kopex nach Deutschland geschickt, ein Unternehmen, das unter anderem auf Straßen- und Tunnelbau spezialisiert ist. Die Firma hat mit DAN Verträge über die zu zerlegenden Schweine abgeschlossen. Entlohnt werden die Arbeiter von Kopex in Polen.

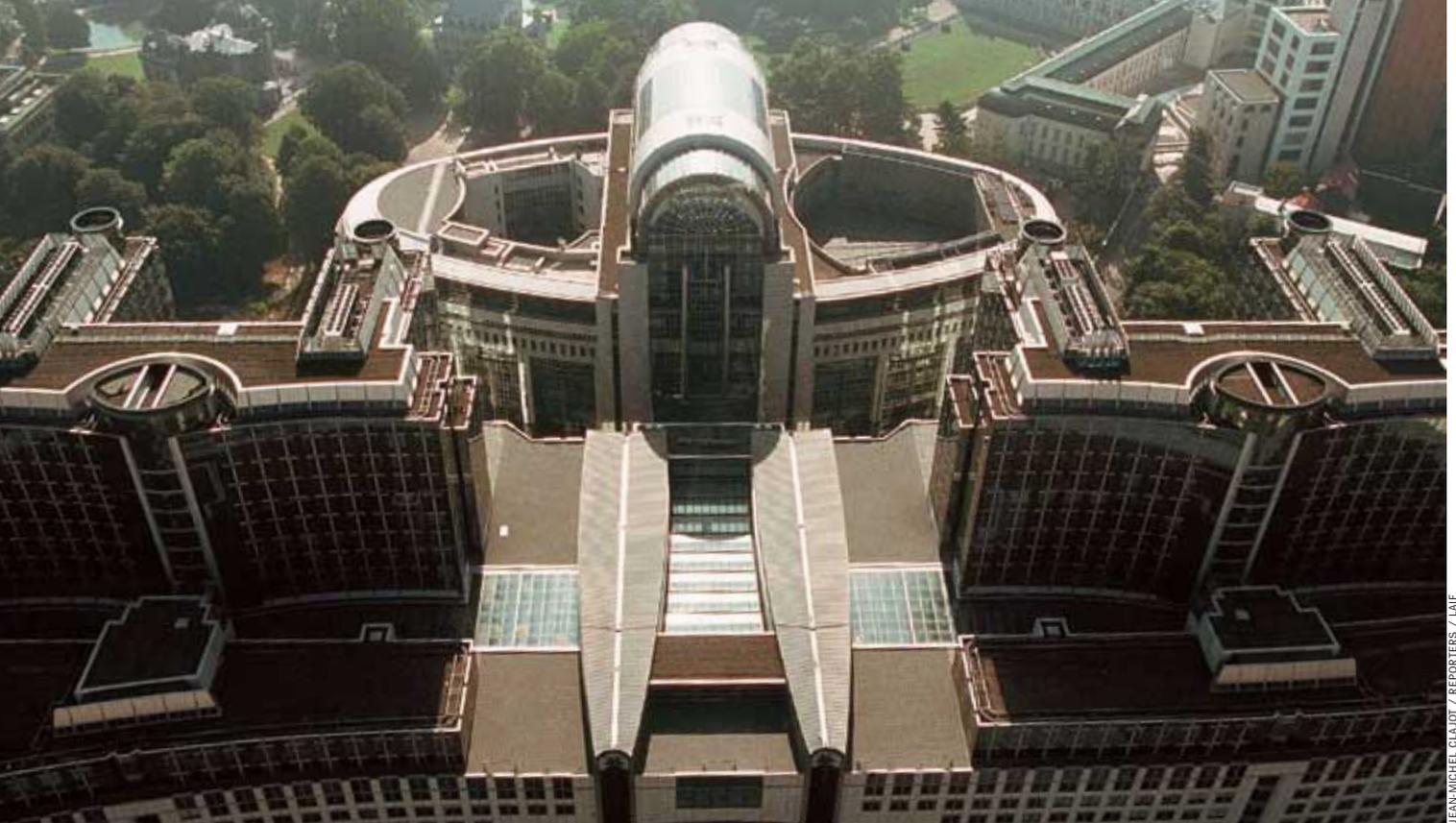
Bereits heute schufteten rund 5000 osteuropäische Schlachter in deutschen Fleischfabriken zu Dumping-Löhnen. Kaum ein Unternehmen kommt ohne billige ausländische Kolonnen aus. Möglich ist dies, weil die Bundesrepublik mit einem Dutzend ost- und südeuropäischen Nachbarn, darunter sieben Beitrittsländern, Regierungsvereinbarungen über die Entsendung von Werkvertragsarbeitnehmern, vor allem Bauarbeiter, geschlossen hat – eine Art Entwicklungshilfe.

Dies ist allerdings an Bedingungen gebunden: So prüfen die Arbeitsämter, ob nicht einheimische Arbeiter die Stellen übernehmen könnten, und sie kontrollieren, ob die Jobs deutschen Arbeitsverhältnissen entsprechen – was beispielsweise in der Fleischbranche einen Mindestlohn von 7,50 Euro garantiert.

Nur im Bausektor und für die Noch-nicht-Beitrittsländer wie

* Mit Michael Rogowski, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, und Ludwig Georg Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages.





JEAN-MICHEL CLAJOT / REPORTERS / LAIF

Europaparlament in Brüssel: Nun wächst zusammen, was zusammengehört

Rumänien und Bulgarien gelten diese Regelungen weiter, sonst gibt es künftig keine Kontrollen seitens des Arbeitsamtes mehr. „Polen oder Ungarn können deshalb jetzt legal für drei Euro in der Stunde am Schlachtband stehen“, sagt Markus Dieterich von der Gewerkschaft NGG, „die ersten Angebote liegen in deutschen Schlachthöfen schon vor.“ In absehbarer Zeit werde der gesamte Ernährungsbereich von osteuropäischen Billigarbeitern überschwemmt, fürchtet der Gewerkschaftsfunktionär.

Besonders groß ist die Angst vor Lohndumping im bayerisch-tschechischen Grenzgebiet, denn dort ist das Lohngefälle besonders extrem. Der Geschäftsführer des Bayerischen Omnibusverbandes, Horst Schilling, fürchtet, dass heimische Unternehmen künftig keine „ernsthaften Marktchancen“ mehr hätten.

Existenzangst hat auch der Chef der Nürnberger Wach- und Schließgesellschaft, Uwe-Dirk Uhlig. Schon derzeit kämpft der Unternehmer mit seinen 1000 Beschäftigten gegen Lohndumping: Wachleute beim Geldtransport erhalten bei ihm nach bayerischem Tarif 10,89 Euro pro Stunde. Die Konkurrenz aus dem nahen Thüringen muss dagegen nur 6,08 Euro Stundenlohn zahlen.

Ab 1. Mai kämen nun die Polen und Tschechen hinzu, die für noch viel weniger arbeiteten. Uhlig: „Wir haben den ost-deutschen Beitritt noch nicht geschultert, da kommt schon der nächste. Wie soll das bloß gehen?“

Der nächste Schritt ist schon vorgezeichnet: Wem die neuen Beitrittsländer schon wieder zu teuer werden, der wandert

noch weiter gen Osten. Die ersten Konzerne demontieren ihre Werkbänke und ziehen weiter, etwa nach Rumänien.

Am westlichen Rand von Temesvar, gleich hinter den Bahngleisen und dem Straßenstrich, liegt das Conti-Werk. 125 Millionen Euro hat der hannoversche Konzern hier in den Umbau eines ehemals staatlichen Motorenwerks gesteckt. Auf 360 Meter langen Produktionsstraßen sollen hier bald 16 Millionen Reifen im Jahr vom Band rollen können

Rumänien soll nicht nur für die Massenproduktion gut sein. Conti-Tech betreibt

Die ersten Konzerne demontieren ihre Werkbänke und ziehen weiter gen Osten.

dort bereits eine Keilriemenproduktion, die Conti-Tochter TechFluid, die Aircondition-Systeme entwickelt, wird von 130 auf 400 Mitarbeiter aufgestockt. Zudem ist ein Entwicklungszentrum in Sibiu im Bau.

Natürlich, sagt Werkleiter Martin Kleinbrod, 42, spüre auch er die Korruption. Das staatliche Vakuum und die Abwesenheit von funktionierender Verwaltung hat für die Investoren allerdings nicht nur Nachteile: „Die erste Baugenehmigung hat nur ein paar Tage gedauert“, sagt Kleinbrod. Knapp 200 Euro Grundlohn verdienen die rund 650 Arbeiter. Was an jeweiligem Akkordzuschuss dazukommt, bestimmt die Geschäftsleitung.

Um zielgenau Nachwuchs zu rekrutieren, hat Conti an der Technischen Universität ein sechstes Studienjahr Kautschuk-Technologie initiiert. Es gibt ein von Con-

ti finanziertes Kautschuk-Institut, wo Studenten Arbeiten schreiben, die Conti zugute kommen.

Auch Siemens nutzt die Temesvarer Universität. Im Jahr 2000 wurden Teile seiner Automobilzulieferer-Sparte VDO nach Temesvar verlegt. „Die wollten erst nur mit maximal 100 Ingenieuren hier ein bisschen Software entwickeln“, sagt Mircea Popa, Professor an der Fakultät für Automation. Inzwischen sind es 600, die an 3-D-Innenkameras für Autos tüfteln – und bald soll ihre Zahl verdoppelt werden. Siemens hat einen Master-Studiengang begründet – exakt zugeschnitten auf den Bedarf von VDO.

„Unsere Professoren haben uns Dinge beigebracht, die für Siemens wichtig sind“, sagt der 25-jährige Roman Magda. Er arbeitet seit kurzem bei VDO und verdient mit gut 200 Euro mehr als viele Lehrkräfte an der Uni, bei denen er gelernt hat.

In seiner Diplomarbeit beschrieb Magda bereits die theoretische Möglichkeit, vom Schreibtisch aus auf den Computer eines Autos zuzugreifen und so bestimmte Pannen im elektronischen System beheben zu können.

Für Regensburg, die Heimstätte von VDO, sieht Magda keine große Zukunft. Er war noch nie da, er ist überhaupt noch nie verreist. Doch es waren Deutsche, die ihm einmal „die Gesetze des Markts“ erklärt haben.

„Und geht es nach diesen Gesetzen“, so Magda, „bleibt für Deutschland nicht mehr allzu viel übrig.“

MICHAEL FRÖHLINGSDORF,
DIETMAR HAWRANEK,
NILS KLAWITTER, ARMIN MAHLER,
HEIKO MARTENS, JANKO TIETZ